

Dringliche Anfrage

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 18.08.2009

Welche Maßnahmen bereitet die Landesregierung gegen das nach dem 27. September 2009 zu erwartende Anwachsen der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, vor?

Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Wirtschaftsforscher unterschiedlicher politischer Ausrichtung erwarten ab Herbst dieses Jahres ein massives Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Da Jugendliche und junge Erwachsene in der Regel nur befristete Arbeitsverträge haben, wird sie diese Entwicklung besonders hart treffen.

An diesem Befund ändern auch Meldungen der Boulevardpresse und der Landesregierung nichts, nach denen die Krise jetzt vorbei sei. Sie stützen sich beide darauf, dass in einem einzigen Quartal nach vorläufigen Angaben zurzeit kein weiterer Absturz in der Industrieproduktion zu verzeichnen ist.

Die Aufgabe einer Landesregierung besteht nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE darin, die wirtschaftliche Lage nüchtern und vorausschauend zu analysieren und energische präventive Maßnahmen gegen eine drohende Entlassungswelle zu ergreifen; nach Auffassung vieler Beobachter ist sie dieser Anforderung nicht ausreichend gerecht geworden.

Schwer nachvollziehbar war es für viele Experten, dass seitens der Landesregierung die Vorschläge u. a. der Fraktion DIE LINKE für öffentlich geförderte Beschäftigung in Niedersachsen, um so vor allem Langzeitarbeitslose in fair bezahlte Arbeit zu bringen, ohne Prüfung abgelehnt worden sind.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung vor dem Hintergrund der Entwicklung im Jahr 2008 und zu Beginn des Jahres 2009 die Perspektiven für Jugendliche und junge Erwachsene, in Niedersachsen unbefristete, dauerhafte Arbeitsplätze zu erlangen?
2. Welche Maßnahmen bereitet sie vor, um die Sicherheit der Arbeitsplätze in der Automobilindustrie nach Auslaufen der Verschrottungsprämie und die Sicherheit der Arbeitsplätze in der Hafengewirtschaft angesichts der weiter stagnierenden Exportindustrie zu gewährleisten?
3. Welche allgemeinen Maßnahmen bereitet die Landesregierung vor, um nach dem Auslaufen der Wirkungen der Konjunkturpakete I und II vor allem die Finanzkraft der Kommunen so zu stabilisieren, dass von dort nicht nur kurzfristig, sondern dauerhaft Impulse für die örtliche Wirtschaft ausgehen können?

Christa Reichwaldt

Parlamentarische Geschäftsführerin

(Ausgegeben am 20.08.2009)